

Internationale Initiative
Freiheit für Abdullah Öcalan
Frieden in Kurdistan
Pf.: 100511, D-50445 Köln
Tel: +49 221 130 15 59
Fax: +49 221 139 30 71
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
Url: www.freedom-for-ocalan.com

in Kooperation mit dem

Iniziativa Italiana
Libertà per Abdullah Öcalan
c/o UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int.18
00165 Roma-Italia
e-mail: [Liberta per Ocalan@hotmail.com](mailto:Liberta_per_Ocalan@hotmail.com)

ASRIN HUKUK BÜROSU
Tel: +90 212 292 9551
Fax: +90 212 292 9553
Asmalimescit mah.
Seyhbender Sok
18/3 Tünel
Beyoglu / ISTANBUL

INTERNATIONALE INITIATIVE - SPEZIAL - Dossier Nr.2

Inhalt:

- *Endgültige Entscheidung im Öcalanverfahren im März*
- *Die Lösung der Kurdischen Frage und die Freiheit von Abdullah Öcalan von Mahmut Sakar, RA von Abdullah Öcalan*
- *Öcalans Isolationshaft ist ständige Folter Briefing der Internationalen Initiative*
- *Imrali 2005 - Prüfstein für Menschenrechte und Demokratie Dokumentation eines Aufrufs der Internationalen Initiative*
- *Nicht einmal Mandela war so isoliert wie Öcalan Interview mit Teilnehmern einer südafrikanisch-deutschen Delegation, die in die Türkei reiste, um die Haftbedingungen von Abdullah Öcalan zu untersuchen*
- *3-Stufen-Plan für das Vorgehen gegen die PKK und Öcalan Pressegespräch von Ali Ongan mit dem amerikanischen Militärspezialisten Paul McCarthy*

Liebe Leserinnen und Leser,

dieses Jahr jährt sich am 15. Februar 2005 zum sechsten Mal die völkerrechtswidrige Verschleppung Abdullah Öcalans in die Türkei. Immer noch sind nicht alle Umstände der Entführung geklärt, nach wie vor wird Abdullah Öcalan unter menschenunwürdigen Isolationshaftbedingungen auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali gefangen gehalten. Erstmals ist im Januar 2005 eine internationale Delegation von Menschenrechtlern und Juristen in die Türkei gereist, um die Haftbedingungen des Kurdenführers zu untersuchen. In Kürze wird ihr Untersuchungsbericht der Öffentlichkeit zugänglich sein. Vorbestellungen können an die Post- oder E-Mail-Adresse der Internationalen Initiative gerichtet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Die Redaktion

Endgültige Entscheidung im Öcalanverfahren im März

STRABURG / MHA / 26. Januar 2005 / Hüseyin Elmali

Laut Auskunft des Kanzlers des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (ECHR), Paul Mahoney, wird die Entscheidung des Gerichts im Beschwerdeverfahren von Abdullah Öcalan innerhalb der nächsten zwei Monate erfolgen. Spätestens im März 2005 sei im Öcalanverfahren mit einer endgültigen Entscheidung zu rechnen.

Sollte die große Kammer des Europäischen Gerichtshofs in zweiter Instanz erneut bestätigen, dass der Prozess gegen Öcalan nicht fair verlaufen ist, würde in der Türkei eine Neuverhandlung des Öcalanverfahrens aktuell werden. Dies könnte jedoch auf Hindernisse stoßen. Die erst kürzlich verabschiedete Gesetzesreform, die die Möglichkeit einer Neuverhandlung von unfair verlaufenen Prozessen vorsieht, hat nur für Verfahren Gültigkeit, die nach dem 4. Februar 2003 verhandelt wurden. Das Verfahren gegen den Kurdenführer wurde jedoch vor diesem Datum abgeschlossen.

Im erstinstanzlichen Verfahren hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in seinem Urteil festgestellt, dass Öcalan kein faires Verfahren vor einem unabhängigen Gericht erfahren hatte, sein Recht auf Verteidigung eingeschränkt gewesen war und dass er inhumane Behandlung durch die Verhängung der Todesstrafe erlitten hatte.

Die Öcalananwälte befanden jedoch das Urteil für ungenügend, weshalb sie in die Berufung gingen. Denn in zwei zentralen Beschwerdepunkten, den rechtswidrigen Umständen bei der Entführung Abdullah Öcalans und seinen Haftbedingungen, hatte der Gerichtshof nicht der Beschwerde entsprochen.

Indes ist die Türkei von der Europäischen Kommission aufgefordert worden, die Mängel in dem oben genannten Gesetz zu beheben, die sie auch in ihrem Türkei-Fortschrittsbericht kritisiert. Demnach sei es in vielen Fällen, so auch im Fall Öcalan, nicht zu einer Neuverhandlung gekommen, obwohl dies vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingefordert wurde.

Die Lösung der kurdischen Frage und die Freiheit Abdullah Öcalans

von Mahmut Sakar, RA von Abdullah Öcalan

Mit Blick auf die letzten 30 Jahre des türkisch-kurdischen Konfliktes lässt sich ohne weiteres feststellen, auch ohne auf historische und gesellschaftliche Hintergründe einzugehen, dass ein blutiger Krieg geführt wurde, der Zehntausenden das Leben kostete, die Natur zerstörte, das gesellschaftliche Gefüge zerrüttete und in ein ökonomisches Desaster führte. Hierüber wurde schon viel geschrieben und debattiert. Aus welchem politischen Blickwinkel dieses Problem auch betrachtet wird, Einigkeit besteht jedenfalls darin, dass die Verleugnung der kurdischen Identität und das Fehlen demokratischer Artikulationsmöglichkeiten als Ursache zu verorten sind. So haben sowohl die PKK, als eine der Konfliktparteien, als auch ihr Vorsitzender Abdullah Öcalan mehrmals die destruktive Politik der Verleugnung als Grund für das eigene politische und militärische Vorgehen angeführt. Ihre Bereitschaft, neue und friedliche Wege einer Lösung zu beschreiten, untermauerten sie durch mehrmalige Waffenstillstände.

Dies änderte sich auch nach der Auslieferung Abdullah Öcalans am 15. Februar 1999 nicht. Seine Erklärungen, Verteidigungsreden und seine

praktischen Bemühungen belegen, dass er auch weiterhin an einer friedlichen Lösung des Konfliktes festhält. So glaube ich, dass dieses Datum der Beginn eines für die Türkei wichtigen Zeitabschnittes ist, in dem das Fundament einer neuen Zukunft gelegt wurde. Schon im Februar 1999 begannen sich in der Türkei und in Europa die Bemühungen um eine friedliche Lösung bemerkbar zu machen. So war es Abdullah Öcalan, der die gewaltsamen Proteste gegen seine völkerrechtswidrige Verschleppung beendete und dafür sorgte, dass sich die Mehrheit der Kurden mit einer friedlichen Lösung einverstanden erklärte. Später wirkte er den bewaffneten Auseinandersetzungen entgegen, in dem er im August 1999 den Rückzug der bewaffneten Guerillakräfte auf Territorien außerhalb der Türkei veranlasste. Dieser Schritt gab den Bemühungen von demokratischen, politischen und zivilgesellschaftlichen Initiativen Auftrieb, eine Lösung auf friedlichem Wege zu erreichen. Eine verstärkte Diskussion über die Demokratisierung des Landes war die Folge, was immer mehr den in der Türkei vorherrschenden rassistischen und chauvinistischen Auffassungen den Boden entzog. In diesem zeitlichen Kontext wurde der Türkei im Dezember 1999 auf dem EU-Gipfel der Beitrittskandidatenstatus zuerkannt, eine neue Etappe in den EU-Türkei-Beziehungen wurde beschritten. So bin ich der Meinung, dass die Haltung Öcalans und der Kurden, die vorhandenen Probleme nunmehr ausschließlich auf politischem Weg zu lösen, in positiver Weise zur Entscheidung der EU beigetragen hat.

Wenn auch seit 1999 in der Türkei einige demokratische und menschenrechtliche Veränderungen vorgenommen wurden, ist man dennoch von einer Lösung der kurdischen Frage weit entfernt. Ein wirkliches Umdenken des Staates ist in dieser Frage leider nicht zu erkennen. Immer noch herrscht die Sprache der Konfrontation vor. In diesem Zusammenhang ist auch die Isolationshaft von Abdullah Öcalan zu sehen. Diese Isolation kann nicht ausschließlich auf die Dimension der Verletzung der Menschenrechte beschränkt werden. Vielmehr ist sie auch ein Ausdruck einer in der Türkei vorherrschenden politischen Haltung, die gegenüber der kurdischen Frage auf Eskalation und Konfrontation setzt. Deshalb begreifen viele Kurden die menschenunwürdige Behandlung Abdullah Öcalans als einen Angriff auf sich selbst. So glauben nicht wenige Verantwortliche in der Türkei, mit Öcalan ein Faustpfand gegen die Kurden in der Hand zu halten, was wiederum Ursache für weitere Spannungen ist. Letztendlich führte diese fortgesetzte Form der politischen Verleugnung der kurdischen Realität dazu, dass mit dem 1. Juni 2004 die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der kurdischen Seite und dem türkischen Militär erneut aufflammten.

Insbesondere in den letzten Monaten wurde die Arbeit von Abdullah Öcalans Rechtsanwälten weiter erschwert. Anwalts- und Familienbesuche werden willkürlich nicht gestattet, gegen Rechtsanwälte wurden Verfahren eröffnet und Haftbefehle ausgesprochen. Erst kürzlich wurde das Rechtsanwaltsbüro, das Abdullah Öcalan verteidigt, durchsucht und sämtliche Unterlagen beschlagnahmt, weshalb es seinen Rechtsvertretern nur eingeschränkt möglich ist, die Rechte ihres Mandanten wahrzunehmen.

Fazit: Der Fall Abdullah Öcalan steht im direkten Zusammenhang mit der Kurdenpolitik des türkischen Staates. Demzufolge beeinflusst dies auch die Möglichkeiten einer Lösung der kurdischen Frage. Abdullah Öcalan ist eine Persönlichkeit, die maßgeblich daran beteiligt war, in den letzten 25 Jahren die kurdische Frage wieder auf die internationale Agenda zu setzen. Seine konstruktiven Lösungsvorschläge haben erst den Boden für eine friedliche Lösung bereitet, weshalb sein Wirken auch im weiteren Verlauf einer Lösungsfindung benötigt wird.

Deshalb ist es ratsam, die Isolation Öcalans in diesem Rahmen zu bewerten. Wenn der Annäherungsprozess der Türkei an die EU Aussichten auf Erfolg haben soll, wird man nicht umhin kommen, der kurdischen Frage mit einer moderneren Auffassung von einer Lösungsfindung zu begegnen. So sehr auch die Zyperndiskussion im Rahmen der Türkei-EU-Beziehungen im Mittelpunkt der Diskussion steht, kann dies dennoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die

kurdische Frage eines der Hauptprobleme der Türkei ist, welches auch weiterhin seiner Lösung harrt.

Um zu einem wirklichen Fortschritt zu gelangen, müssen gewisse Voraussetzungen gegeben sein. Seitens der Türkei ist deshalb zu allererst die Isolationshaft von Abdullah Öcalan aufzuheben. Willkürmaßnahmen wie die Verhinderung von Familien- und Anwaltsbesuchen sind zu unterlassen. Informationsmöglichkeiten wie Zeitung, Magazine, Radio und TV sind uneingeschränkt zu gewähren. Das Recht auf Briefverkehr muss zugestanden werden. Sämtliche rechtswidrigen Maßnahmen müssen aufgehoben werden. Die gesundheitlichen Probleme unseres Mandanten müssen ernsthaft geprüft und für eine Besserung gesorgt werden. Dem Vorschlag des Antifolterkomitees des Europarats, Gefangene nach Imrali zu verlegen, die das Vertrauen Abdullah Öcalans besitzen, muss nachgekommen werden.

Derartige Maßnahmen würden die Spannungen zwischen der kurdischen Seite und des türkischen Staates spürbar verringern, wenn nicht sogar das Konfrontationspotential des Konfliktes entschärfen. Gleichzeitig sind sie dazu geeignet, dass Abdullah Öcalan noch wirkungsvoller zu einer friedlichen Lösung beitragen kann.

Des Weiteren ist im weiteren Verlauf einer Lösungsfindung zu diskutieren, ob Abdullah Öcalan aufgrund seines angegriffenen Gesundheitszustands in den Hausarrest überführt werden sollte. Derartige vertrauensbildende Maßnahmen haben sich insgesamt auch in anderen ähnlich gelagerten Fällen, wie dem von Xanana Guzmão, positiv auf die friedliche Lösung von Konflikten ausgewirkt.

Letztendlich muss es dann auch Abdullah Öcalan gestattet sein, sein Recht auf freie Meinungsäußerung und politisches Engagement wahrnehmen zu können. Aufgrund seiner Rolle, die er im politischen Leben der Türkei spielt, wird nur mit der Freilassung Abdullah Öcalans eine dauerhafte Lösung des türkisch-kurdischen Konfliktes möglich sein.

Ein solches Vorgehen im Fall Abdullah Öcalan würde der Lösung der kurdischen Frage beschleunigen, weshalb dieses Thema bei den Überlegungen über eine politische Lösung nicht ausgespart werden darf. Es ist an der Zeit, dass nunmehr die Türkei beginnt, über diese Fragen ohne Einschränkung zu diskutieren. Dabei müssen die konservativen, dogmatischen und konfrontativen Vorstellungen überwunden werden. Hierfür ist jedoch das Mitwirken aller gefordert, die eine Beschleunigung des EU-Beitrittsprozesses der Türkei wünschen.

Internationale Initiative
Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan
Pf.: 100511, D-50445 Köln
Tel: +49 221 130 15 59
Fax: +49 221 139 30 71
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
Url: www.freedom-for-ocalan.com

INTERNATIONAL INITIATIVE BRIEFINGS:
Öcalans Isolationshaft ist ständige Folter

Seit dem 16. Februar 2005 befindet sich eine deutsch-südafrikanische Menschenrechtsdelegation zu Gesprächen in der Türkei, um die Isolationshaftbedingungen von Abdullah Öcalan zu untersuchen. In einer gemeinsamen Pressekonferenz mit den Öcalananwälten und dem türkischen Menschenrechtsverein (IHD), die am 19. Januar 2005 in den Räumlichkeiten

des IHD in Istanbul stattfand, nahm der deutsche Völkerrechtler Prof. Dr. Norman Paech zu den Absichten der Delegation Stellung.

Aufgrund der widersprüchlichen Meldungen über den Gesundheitszustand von Abdullah Öcalan und seine Haftbedingungen, welche in den letzten Jahren in der internationalen Presse verbreitet worden seien, habe man beschlossen, sich vor Ort ein objektives Bild über die Lage zu machen. Zwar habe man nicht die Erlaubnis erhalten, so Paech, Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali zu besuchen. Jedoch habe man in Gesprächen mit den Öcalananwälten, mit Menschenrechtsgruppen und politischen Parteien einen ersten Eindruck gewinnen können. Laut Paech kommen die Haftbedingungen, denen sich der Kurdenführer ausgesetzt sieht, durchaus einer ständigen Folter gleich. Dies stelle eine Verletzung der Menschenrechte dar, die keinesfalls hingenommen werden dürfe. Des Weiteren dürfe der Fall Öcalan nicht losgelöst von der kurdischen Frage gesehen werden. Hierüber habe man auch in den bereits geführten Unterredungen gesprochen.

Die Teilnehmer der Delegation werden nach weiteren Gesprächen am 21. Januar 2005 in ihren Heimatländern zurück erwartet. Dort möchte man die Ergebnisse der Reise auswerten und in Kürze in einem ausführlichen Untersuchungsbericht der Öffentlichkeit vorstellen.

Teilnehmer der Delegation:

- Essa Moosa, Richter am Obersten Gerichtshof, Südafrika
- Jacobens Johannes Moses, Nationaler Verband der Demokratischen Anwälte, Südafrika
- Prof. Dr. Norman Paech, Professor für Völkerrecht, Deutschland
- RA Dr. Rolf Gössner, Internationale Liga für Menschenrechte, Deutschland,
- RA Rainer Ahues, Republikanischer Anwaltsverein, Deutschland
- RA Heide Schneider-Sonnemann, Deutschland

Quelle: DIHA, 19. Januar 2005

Weitere Informationen: Internationale Initiative, tel. + 49 (0) 221 130 15 59, e-mail: info@freedom-for-ocalan.com

Dokumentation:

Imrali 2005 - Prüfstein für Menschenrechte und Demokratie

Aufruf für eine Delegationsreise im Januar 2005

Seit seiner völkerrechtswidrigen Verschleppung aus Kenia im Februar 1999 befindet sich Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali im Marmarameer. Er ist der einzige Gefangene in der Festung. Oftmals werden Anwalts- und Familienbesuche willkürlich verhindert. Informationsmöglichkeiten bestehen kaum. Die Haftbedingungen auf Imrali finden in der Türkei kein vergleichbares Beispiel. Durch die langjährige Isolationshaft ist der Gesundheitszustand Abdullah Öcalans stark beeinträchtigt.

Deswegen empfiehlt auch das Antifolterkomitee des Europarates (CPT) die Aufhebung der Isolationshaft und eine spürbare Verbesserung der Haftbedingungen. Weder die Türkei noch der Europarat sind bisher den Empfehlungen des CPT gefolgt. Im Gegenteil wurden die Haftbedingungen Abdullah Öcalans noch weiter verschärft. Seine Rechte als politischer Gefangener werden ihm systematisch vorenthalten. Die universellen Menschenrechte scheinen im Fall Öcalan keine Gültigkeit zu besitzen.

Abdullah Öcalan gilt in weiten Kreisen der kurdischen Gesellschaft als nationale Führungspersönlichkeit. Seine konstruktiven friedenspolitischen Bemühungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass er eine wichtige Funktion

bei der Suche nach einer friedlichen Lösung des Konfliktes innehat. Wir sind der Überzeugung, dass die Lösung der kurdischen Frage in der Türkei eng mit dem weiteren Schicksal des Kurdenführers verbunden ist.

Im Rahmen des Annäherungsprozesses an die Europäische Union, hat die Türkei vielerlei Anstrengungen für einen demokratischen Umbau unternommen. Dies ist durchaus als positiv zu werten. Die auf den Weg gebrachten Reformen gestehen indirekt auch den Kurden begrenzte sprachliche und kulturelle Rechte zu. In der Praxis hat sich dies leider vorwiegend als Makulatur erwiesen. Immer noch hält die katastrophale Menschenrechtslage an. Weiterhin werden Oppositionelle repressiv verfolgt.

Die Haftbedingungen auf Imrali, aber auch in anderen türkischen Gefängnissen, spiegeln somit auch die Gesamtsituation des Landes wieder. Sie zeigen, wie weit die Türkei noch von wirklicher Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa entfernt ist. Imrali ist gleichsam ein Symbol für den zwiespältigen Umgang Europas mit den Menschenrechten. Das europäische Schweigen im Fall Öcalan trägt zu dem unhaltbaren Zustand bei.

Dieses Schweigen muss gebrochen werden. Deshalb möchten wir, als kritische Beobachter der kurdischen Frage, mit einer Reise nach Imrali ein Zeichen setzen, um dort die wirkliche Situation Abdullah Öcalans in Erfahrung zu bringen. Wir begreifen dies auch als ein Beitrag zur Unterstützung der Demokratie in der Türkei. Wir rufen zur Teilnahme an dieser Reise auf, im Bewusstsein, dass Menschenrechte überall uneingeschränkt gewahrt sein müssen - auch auf Imrali. Wir sind überzeugt, dass die Demokratisierung der Türkei nur im Einvernehmen mit ihren Bürgern Aussicht auf Erfolg hat. Zu diesen gehören zweifellos auch die Kurden. Deshalb hoffen wir, dass unsere Initiative den Dialog fördern möge, der für eine wirkliche Lösung des türkisch-kurdischen Konfliktes so dringend nötig ist.

INTERNATIONALE INITIATIVE "FREIHEIT FÜR ABDULLAH ÖCALAN - FRIEDEN IN KURDISTAN:

Essa Moosa: Nicht einmal Mandela war so isoliert wie Öcalan

Am 16. Februar 2005 reiste eine deutsch-südafrikanische Menschenrechtsdelegation in die Türkei, um die Isolationshaftbedingungen von Abdullah Öcalan zu untersuchen. Die sechsköpfige Delegation führte Gespräche mit verschiedenen Vertretern aus Politik, Menschenrechts- und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Eines der Hauptanliegen, auf der Gefängnisinsel Imrali mit Öcalan zusammen zu treffen, konnte nicht verwirklicht werden. Das türkische Justizministerium verweigerte ohne Angaben von Gründen die Besucherlaubnis. Wir sprachen mit Essa Moosa, Richter am Obersten Gerichtshof in Südafrika und ehem. Rechtsanwalt von Nelson Mandela, sowie mit em. Prof. Dr. Norman Paech, einem renommierten Völkerrechtler aus der Bundesrepublik Deutschland, über die ersten Eindrücke von Ihrer Reise.*

ISTANBUL / MHA / 23. Januar 2005

In den 1980'er Jahren nahmen sie als Rechtsanwalt die Interessen ihres Mandanten, Nelson Mandela wahr. Später arbeiteten sie auch politisch zusammen. Wie haben sie Nelson Mandela kennen gelernt? Können sie unseren Lesern etwas über seinen Prozess erzählen?

Damals, als die weiße Regierung an der Macht war, war in Südafrika die Kultur des Nationalismus weit verbreitet. Grundlage dieser Weltanschauung war die Apartheid und der Rassismus. Nelson Mandela stellte sich gegen diese Weltanschauung. 1952 berief er den Afrikanischen Nationalkongress (ANC) ein. Dort richtete er auf der Grundlage der gefassten Beschlüsse an die Öffentlichkeit einen Aufruf, der den Charakter eines

"Freiheitsmanifestes" hatte. In dem Aufruf formulierte er die demokratischen Prinzipien eines freien Südafrikas. Kurz darauf wurde gegen die Organisatoren des Kongresses, unter denen sich auch Nelson Mandela befand, ein Verfahren eröffnet. Die von ihm formulierten demokratischen Prinzipien wurden als "Vaterlandsverrat" charakterisiert. Einige Jahre später wurde der ANC, aber auch andere Parteien, verboten und ihnen die politische Betätigung untersagt. Daraufhin beschloss der ANC die Aufnahme des bewaffneten Kampfes, den er solange fortführte, bis ihm wieder Eintritt in die politische Arena gewährt wurde.

Damals verließen viele Angehörige des ANC das Land, um sich in Algerien und Palästina im Gebrauch an der Waffe unterrichten zu lassen. Bei ihrer Rückkehr überzeugten sie breite Teile der schwarzen Bevölkerung von der Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes. Damit begannen die Sabotageaktionen, Bombenattentate und Angriffe auf die staatlichen Sicherheitskräfte. Im Verlauf dieser Aktionswellen wurden Mandela, aber auch andere Führer des ANC, gefangen genommen und vor Gericht gestellt. Diejenigen Führer, der man nicht habhaft werden konnte, verließen das Land. Mandela sprach während seines Prozesses nur ein einziges mal. In seiner Rede legte er die Beweggründe des bewaffneten Kampfes und die eigenen langfristigen Ziele seiner Bewegung dar. 1989 nahm er Verbindung mit der Regierung auf, in dem er zu einer Waffenruhe aufrief und zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes aufforderte.

Wie wurde der Aufruf Mandelas, die Waffen schweigen zu lassen und eine friedliche Lösung für den Konflikt zu suchen, vom Staat beantwortet? Wie gestalteten sich die Friedensbemühungen Mandelas während seiner Haftzeit?

Zuerst wies der Staat das Friedensangebot weit von sich. Viele waren gegen eine friedliche Lösung. In dieser Zeit nahm Mandela mit den im Ausland befindlichen Verantwortlichen des ANC Verbindung auf. Er überzeugte sie davon, dass ein Frieden nicht den Ausverkauf der eigenen Ideale und Ziele bedeuten muss. Er rief die Führung des ANC zur Rückkehr nach Südafrika und zur Niederlegung der Waffen auf, damit sich diese am politischen Leben des Landes beteiligen. Im Gegenzug ließ die Regierung immer mehr politische Gefangene frei, später auch Mandela selbst. Mandela, der die Friedensgespräche führte, konnte seine Organisation von dem eingeschlagenen Kurs überzeugen. Zwar gab es keine schriftliche Übereinkunft mit der Gegenseite. Vielmehr schritt dieser Prozess der Annäherung unabhängig voneinander voran.

So schrieb Mandela, der mittlerweile in anderes Gefängnis verlegt worden war, Briefe an den Präsidenten und Ministerpräsidenten. Die ersten Briefe wurden nicht einmal ernst genommen. Als dies Mandela erkannte, setzte er seine beständigen Bemühungen fort, indem er weitere Briefe an die Abteilung des Justizministeriums sendete, die für das Strafvollzugswesen verantwortlich war. Er verstand es, über diese Abteilung eine Verbindung zur Regierung aufzunehmen.

Der Staatssekretär für den Strafvollzug begann seine Eindrücke an den Ministerpräsidenten zu übermitteln, die er in den langen Gesprächen mit Mandela auf der Gefängnisinsel gewonnen hatte. Während dieser Zeit wurden einerseits die großen Proteste, Aktionen und Widerstand gegen die Apartheid fortgeführt, andererseits hielt der Staat seine Politik der extralegalen Hinrichtungen und Tötungen aufrecht.

Als nach geraumer Zeit Mandela erlaubt wurde, einige seiner Kampfgenossen zu Gesprächen zu empfangen, beschleunigte dies den Friedensprozess ungemein. Denn diese Führer des ANC waren noch nicht vom Friedenskurs Mandelas überzeugt. Danach kam es zu einer Reihe von Veränderungen. Nunmehr wurden die Organisationen, denen diese Führer angehörten, nicht mehr als illegal angesehen. Alles Weitere ist bekannt. 1994 wurden Wahlen abgehalten, aus denen der ANC als Sieger mit absoluter Mehrheit hervorging. Mandela wurde Präsident, eine demokratische Verfassung wurde verabschiedet.

Gibt es ihrer Meinung nach Ähnlichkeiten zwischen den Fällen von Abdullah Öcalan und Mandela?

Nelson Mandela war nicht derartigen Isolationshaftbedingungen ausgesetzt, wie dies bei Abdullah Öcalan der Fall ist. Dennoch ist es gut möglich, dass es auch in seinem Fall zu ähnlichen Entwicklungen kommen kann. Dies hängt jedoch davon ab, inwieweit Öcalan Verbindung mit der Regierung aufnehmen kann bzw. wie sehr er dazu entschlossen ist. Ich sehe jedenfalls keinen Grund, weshalb das nicht möglich sein sollte. Zwar war auch Mandela auf einer Gefängnisinsel gefangen. Er hatte jedoch die Möglichkeit, Kontakt zu anderen Gefangenen zu pflegen. Dies ist Öcalan nicht möglich. Früher war der ANC verboten und seine Führer waren als Terroristen diskreditiert. Einige frühere Freiheitskämpfer bzw. als Terrorist gebrandmarkte Führer von Befreiungsbewegungen sind heute Präsidenten ihres Landes. Wir sehen also, dass nichts unmöglich ist.

Herr Paech, sie beschäftigen sich schon länger mit einer Lösung der kurdischen Frage. Wie bewerten sie die diesbezüglichen Entwicklungen?

Vor zwei Jahren kam ich in die Türkei und bereiste Gegend um Van und Hakkari. Das war in der Zeit des Wahlkampfes. Die Bevölkerung war einem enormen Druck ausgesetzt. Eine derartige repressive Atmosphäre war auch bei der letzten Wahl festzustellen. Ein demokratischer Umgang war nicht existent. Mein erster Eindruck aus den Gesprächen mit Vertretern von zivilgesellschaftlichen Organisationen ist jedoch, dass die jetzige Regierung dazu eine positivere Haltung einnimmt. Zwar setzen sich die Menschenrechtsverletzungen weiterhin fort, die jetzige Regierungspartei scheint jedoch aus den Erfahrungen gelernt zu haben und bewusster zu handeln. Leider musste ich dennoch feststellen, dass sich die Mentalität und das Denken der türkischen Regierung nicht wirklich geändert haben.

Wie bewerten sie die Tatsache, dass ihnen vom Justizministerium der Besuch auf Imrali verwehrt wurde?

Anfänglich hofften wir, dass man es uns erlauben wird, mit Herrn Öcalan zusammenzutreffen. Wir sind betrübt darüber, dass es zu einem solchen Zusammentreffen nicht gekommen ist. Einerseits behauptet das Justizministerium, dass es dem internationalen Standard gerecht würde. Andererseits sprechen menschenrechtliche und zivilgesellschaftliche Institutionen davon, dass gegenüber Herrn Öcalan massive Isolation angewandt wird. Natürlich widerspricht Isolationshaft den universellen Menschenrechten, weshalb derartige Maßnahmen nicht hingenommen werden dürfen. Wären wir mit Abdullah Öcalan zusammengetroffen und hätten wir die dortigen Bedingungen mit eigenen Augen sehen können, dann könnten wir auch einen ausgewogenen Untersuchungsbericht erstellen. Nicht nur das die Regierung das Gesuch für einen Besuch bei Abdullah Öcalan zurückgewiesen hat, sie hat uns auch keinen Gesprächstermin gegeben, aus Zeitmangel, wie sie sagt.

Das Verhalten des Justizministeriums entsprach nicht seiner Position, es war oberflächlich und unreif. So glaube ich nicht, dass die Ursache hierfür beim Justizministerium lag, sondern vielmehr bei den Stellen, die gegenüber dem Justizministerium weisungsberechtigt sind. Zwischen den Auffassungen der Vertreter der AKP und den Auffassungen der Vertreter der Menschenrechtsorganisationen besteht ein großer Unterschied. So stellt die AKP die Menschenrechtssituation und die Demokratisierungsfortschritte sehr positiv dar, dem wiederum die Menschenrechtsorganisationen jedoch vehement widersprechen.

Wie sehen sie die politischen Hintergründe der gegen Abdullah Öcalan angewandten Isolationshaft?

Isolation ist eine Methode, um oppositionelle Führer über Jahre hinweg von ihrem Volk zu trennen. Gleichzeitig soll dies die Auflösungserscheinungen ihrer Organisationen forcieren. Mit dieser Methode soll die Persönlichkeit dieser Führer gebrochen werden, weshalb ich diese Methode als "weiße Folter" bezeichne.

Werden sie ihre Untersuchungen fortsetzen?

Ja, wir werden sie fortsetzen. Unsere Absicht ist Fakten zu diesem Thema zu sammeln. So widerspricht, für meine Begriffe, das gegen ihn verhängte Urteil dem internationalen Recht, da seine Entführung illegal war. Ein solches Vorgehen ist nicht durch internationales Recht gedeckt. Würde man eine solche Missachtung dulden, könnte jeder Staat der Welt seine Oppositionellen aus dem Ausland entführen und verurteilen.

Im Urteil aus erster Instanz des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (ECHR) fand die Entführung Abdullah Öcalans keine Erwähnung. Demnach konnte der Gerichtshof keinen Rechtsverstoß feststellen. Aus diesem Grund werden wir unsere Untersuchungen fortführen, um die Angelegenheit etwas mehr zu erhellen. In Südafrika gab es z.B. in der Vergangenheit einen ähnlichen Fall. Dort wurde ein Führer der oppositionellen Bewegung, mit dem Namen Es Ibrahim, von Swaziland nach Südafrika verschleppt. Infolge dessen wurde Es Ibrahim zu einer Haftstrafe von 18 Jahren verurteilt. Dieses Urteil wurde in höherer Instanz wieder aufgehoben, da das betreffende Gericht zum Schluss kam, dass der Prozess gegen ihn illegal war, weil auch seine Verschleppung illegal war. Es Ibrahim wurde freigelassen.

** Nelson Mandela, der legendäre Führer der südafrikanischen Befreiungsbewegung ANC, wurde vor mehr als drei Jahrzehnten als "kommunistischer Terrorist" zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt, von der er über zwanzig Jahre verbüßte. Selbst die treuesten Anhänger des ANC konnten sich damals kaum vorstellen, eines Tages an die Macht zu gelangen. Nach den achtziger Jahren begann sich jedoch die Lage zu wandeln. 1990 konkretisierten sich die Gespräche über die Machtübergabe, die das rassistische Regime mit dem ANC führte. Verbotene Parteien wurden wieder zugelassen, rassistische Gesetze wurden aufgehoben. 1994 wurde die Durchführung von Wahlen auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechtes beschlossen, eine neue Verfassung verabschiedet und ein grundsätzlicher politischer Wandel vollzogen.*

3-Stufen-Plan für das Vorgehen gegen die PKK und Öcalan

*Pressegespräch von Ali Ongan mit Paul McCarthy**

BASEL / 19 November 2004

Laut Aussage des amerikanischen Militäranalysten Paul McCarthy sei beim Vorgehen gegen die kurdische Befreiungsbewegung und dem Kurdenführer Abdullah Öcalan ein 3-Stufen-Plan zur Anwendung gekommen, den die USA und die Türkei gemeinsam umgesetzt hätten.

So sei die Auslieferung Öcalans die erste Stufe gewesen. Die Spaltung der PKK sei hingegen im Verlauf der zweiten Stufe vorgesehen gewesen, mit der man sich ihre weitgehende Schwächung und den Verlust ihrer Unterstützung im Volk erhoffte. Demnach sei, so McCarthy, die Türkei direkt in die zweite Phase der Operation einbezogen worden. Gegenüber der kurdischen Tageszeitung Özgür Politika erklärte McCarthy, dass im Verlauf der dritten Stufe des Operationsplans der Einfluss Öcalans innerhalb der PKK und des kurdischen Volkes gebrochen werden sollte.

Öcalan sei von den USA an die Türkei ausgeliefert worden, so McCarthy. Mit dieser Auslieferung habe die USA eine Phase des Umbruchs einleiten wollen, was ihr auch mehr oder weniger gelungen sei. So erinnerte McCarthy daran, dass die Öcalanoperation zu einem Zeitpunkt durchgeführt worden sei, wo Szenarien für ein militärisches Vorgehen der USA gegen den Irak von neuem entworfen wurden. So hätten weitreichende Verbindungsnetzwerke bestanden, die auf gegenseitige Interessen gegründet hätten. Dabei hätten insbesondere die Verhandlungen Russlands mit dem IWF, das Zypernproblem Griechenlands, die EU- Beziehungen der Türkei und deren Zugeständnisse hinsichtlich der Irakpläne der USA eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt. So hätte z.B. die aktive Unterstützung der Türkei für die tschetschenischen Rebellen nach der Öcalanoperation weitgehend abgenommen. Gleichfalls entspannten sich die griechisch-türkischen Beziehungen, was sich insbesondere in der Zypernfrage bemerkbar machte. Die Beziehungen der USA gegenüber Syrien blieben jedoch gespannt.

So habe nicht die Türkei sondern die USA das Startsignal für Gefangennahme von Öcalan gegeben. Es sei kein Zufall gewesen, dass daran im Anschluss die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Israel verstärkt wurde. Laut McCarthy, habe sich dies in zahlreichen politischen und militärischen Übereinkünften niedergeschlagen. Das einzige Land, das einen Schaden davongetragen habe, sei Italien gewesen.

Der 3-Stufen-Plan

Nach Meinung des amerikanischen Militärspezialisten ist die Auslieferung Öcalans die erste Stufe eines weit gefassten Planes gewesen. Als zweite Stufe sei die Spaltung der PKK, eine damit verbundene Schwächung Organisation und die Isolierung vom kurdischen Volk vorgesehen. Mit dem Beginn der zweiten Stufe wurde auch die Türkei mit in das Vorgehen einbezogen.

Laut McCarthy sei in dieser Phase kein militärisches Vorgehen gegen die PKK vorgesehen. Dies hätte auch die amerikanische Regierung indirekt bestätigt. Vielmehr wolle man sich bei einem Vorgehen auf den inneren Zusammenhalt der PKK konzentrieren. Das sei nicht fehlenden militärischen Ressourcen geschuldet. Vielmehr sei es bei Bewegungen, welche eine breite Unterstützung des Volkes genießen und somit auch bei der PKK, Erfolg versprechender, wenn deren innere Einheit angegriffen und sie geschwächt werden. Andererseits wird die die Türkei nicht allein gegen die PKK militärisch vorgehen können. Hierfür seien die regionalen Bedingungen nicht gegeben. Abgesehen davon, würde dies auch nicht von den USA erlaubt.

Die dritte Stufe

Laut McCarthy ist als dritte Stufe vorgesehen, den Einfluss von Abdullah Öcalan zu brechen, den er innerhalb der PKK und unterhalb der Kurden ausübe.

Öcalan habe sowohl unterhalb der Kurden in der Türkei als auch innerhalb der PKK eine wichtige Position inne. Zwar würde die gezielte Schwächung der PKK immer ein Teil der Agenda sein. Laut McCarthy sei dies jedoch nicht das eigentliche Ziel. Vielmehr würden sich die Bemühungen auf die Zerstörung der Position konzentrieren, die Öcalan sowohl unterhalb der Kurden in der Türkei als auch innerhalb der PKK innehat. Dies sei auch der eigentliche Grund gewesen, weshalb man Öcalan unversehrte der Türkei übergeben habe und ihn am Leben lasse.

In diesem Punkt stimme die amerikanische Regierung mit der Türkei überein. Die Aussage, dass ein Vorgehen gegen die PKK kein ernstes Problem darstelle, gründe auf der oben genannten Tatsache. Ein Vorgehen zum jetzigen Zeitpunkt würde demnach die Position Öcalans stärken. Aus diesem Grund sei die Paralisierung des Einflusses von Öcalan als dritte Stufe vorgesehen. Sollte sein Einfluss paralysiert werden, würde die PKK zu Geschichte werden und die Welt würde Öcalan vergessen.

Ob dieses Szenario Aussicht auf Erfolg habe stehe zur Diskussion. Das gleiche hätten die USA und Israel, so McCarthy, mit Arafat versucht. Mit Mandela sei man über 22 Jahre in gleicher Weise verfahren. Auch Gaddafi habe dem über lange Jahre hinweg widerstanden. So sei in Lateinamerika mit den amerikanischen Interventionen mehr oder weniger das Gegenteil erreicht worden; was bedeuten würde, dass militärische Interventionen allein nicht ausreichend seien.

* *Wer ist Paul McCarthy?*

Studium der politischen Wissenschaften an der Nationalen Universität von Kalifornien. Später Berater für verschiedene Militärgerichte. Gleichzeitiges Studium von militärischen Strategien am Militärinstitut von Virginia. Langjährige Aufenthalte in verschiedenen Ländern des Mittleren Ostens und Latein Amerikas. Mitbegründer und Editor des amerikanischen Presseklubs. Zurzeit als Berater für internationale Politikwissenschaften an der A&M Universität in Florida tätig.